

# Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet  
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher  
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnementpreis: Bei 100 Bogen und 100 Exemplaren beträgt der Preis monatlich 60 Mark, bei 200 Bogen und 200 Exemplaren 120 Mark, bei 300 Bogen und 300 Exemplaren 180 Mark. Einzelhefte 15 Pf. Bei Abbestellungen nachh. Bei Postanweisung 10 Pf. mehr. Druck- und Verlagsanstalt Nagold.

Nr. 208.

Altensteig, Mittwoch den 6. September.

Jahrgang 1922

## Unsere Zeitung bestellen!

### Der Reichsfinanzminister in München.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat am Samstag, begleitet von Staatssekretär Dr. Japs und Regierungsrat Dr. Terdeng von Reichsfinanzministerium, der Stadt München einen Besuch abgestattet. Nach einer Besichtigung des Neubaus des Deutschen Museums unter Führung von Geheimrat v. Müller und Kultminister Dr. Ratt folgte er einer Einladung des 1. Bürgermeisters zum Besuche des Rathauses. Die beiden Bürgermeister, Vertreter der Stadtratsfraktion, ferner der Syndikus des bayerischen Städtebundes, Bürgermeister a. D. Dr. Knorr, hatten sich zur Begrüßung um 12 Uhr im Repräsentationsaal des Rathauses eingefunden.

Bürgermeister Schmid begrüßte den Reichsminister und kam auf die Besprechung der Städtevertreter im Reichsfinanzministerium über die Notlage der Gemeinden zurück. Der Bürgermeister erkannte dankbar an, daß inzwischen bereits ein Teilerfolg zu verzeichnen ist, betonte aber, daß die vorläufige gewährten Mittel nur die Bedürfnisse eines Monats decken und daß die Überverpflichtungen wieder vor der Tür stehen. Wenn der Betrieb der Stadtverwaltungen nicht zusammenbrechen soll, sind sie auch fernerhin auf das Entgegenkommen und die Hilfe des Reichsfinanzministeriums angewiesen, da die gesetzliche Regelung der Zuschuß- und Steuerfrage erst angebahnt ist. Namens der Stadtverwaltung dankte Bürgermeister Schmid sodann dem Reichsminister dafür, daß er der Einladung zum Besuche des Rathauses Folge leistete, und bat ihn und seine Begleiter, zur Erinnerung an diese Stunde ihre Namen in das Gedächtnis der Stadt einzutragen. Wenn die Herren bei der Besichtigung des Rathauses manches Schöne sehen, so wollen sie daraus nicht den falschen Schluß ziehen, als hätten wir im Wohlstand und Bürgerglück zu stehen. Das Haus und seine Einrichtung stammen aus einer früheren Periode. Man klagte zwar auch damals über Geldnot, hohe Steuern usw., doch waren die Verhältnisse im Vergleich mit der Jetztzeit mit den Friedensverhältnissen und den unerfüllten Forderungen der Entente goldene zu nennen. Zum Schluß betonte der Bürgermeister, daß der Reichsminister möge die Ueberzeugung gewinnen, daß die verantwortlichen Faktoren in den Gemeinden bemüht sind, der schlimmen Situation Herr zu werden. Aus eigenen Kräften vermögen sie jedoch die Dinge nicht mehr zu meistern. Im Interesse der Erhaltung und der Geschlossenheit des Reiches erbitte er darum nochmals ausreichende Hilfe in dieser schweren Zeit.

Reichsminister Dr. Hermes dankte für die freundlichen Begrüßungsworte und erwiderte, daß er volles Verständnis für die Finanznot der Gemeinden habe und gern bereit sei, soweit es die schwierige Finanzlage des Reiches irgendwie gestatte, die berechtigten Ansprüche der Gemeinden zu berücksichtigen. Durch die Konferenz mit den Vertretern der Städte habe er so recht Einblick in die finanziellen Nöte der Kommunalverwaltungen bekommen. Was auf Grund dieser Besprechung den Gemeinden bisher zugewiesen werden konnte, könne gewissermaßen nur als eine Abschlagszahlung betrachtet werden und bilde den Auftakt zu einem harmonischen Zusammenarbeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Allerdings muß bei der Finanzpolitik Rücksicht genommen werden. Dabei streifte Minister Dr. Hermes in kurzen Zügen auch die Finanz- und Reparationspolitik der letzten Tage und wies auf die schwierigen Verhandlungen der nächsten Woche hin. In warmen Worten gedachte er sodann der hohen Kulturwerte, die Bayern und namentlich München biete. Wenn man auch mit Besorgnis den kommenden Zeiten, insbesondere dem Winter, entgegensehen müsse, so hoffe er bestimmt, daß wir unser Vaterland wieder fördern werden.

Nachdem sich die Herren in das Gedächtnis der Stadt eingetragen hatten, besichtigten sie die Bürgermeistersammler, Sitzungssäle und die Stadtratsbibliothek, wobei Stadtrat Held den Gästen zwei interessante Wiegendrucke zeigte. Nach einer Führung durch den Rezipienten der Stadt wurden dem Reichsminister und seinen Begleitern im Grünerbüchchen des Rathauses Proben aus der städtischen Weinkellerei gereicht. Nach laß zweifelhafte Aufenthalt im Rathaus fuhr der Reichsminister mit seinen Begleitern und Geheimrat Dr. v. Müller im Kraftwagen nach Starnberg, von wo aus er sich nach Oberammergau zum Festspiel begab. (München. R. N.)

## Neues vom Tage.

Äußerungen der belgischen Unterhändler.

Berlin, 5. Sept. Aus Paris wird der „Tägl. Rundschau“ berichtet: Einer der belgischen Vertreter, die heute nach Berlin reisen, erklärte angeblich einem Vertreter des „Intransigent“, daß Belgien Sicherheiten fordern wird, damit es, wenn es Geld brauche, dieses auf Grund der deutschen Schahwechsel im Betrage von 270 Millionen Goldmark von der Bank von England, der Bank von Holland und der Welttrust Co. erhalten könne. Wenn diese Sicherheiten angeboten würden, sei alles in Ordnung. Gehe Deutschland die Verpflichtung ein, daß die Reichsbank den Gegenwert des Betrages in Schahwechseln in Gold bereitstelle, und jederzeit zur Verfügung der Inhaber der Schahwechsel halte, so würde eine Ueberführung des Goldbetrages an eine Bank der Verbündeten nicht verlangt werden. Zur Reichsbank könne man das nötige Vertrauen haben. Die Banken, die die Schahwechsel zu diskontieren hätten, würden sich mit einer derartigen Zusicherung wahrscheinlich auch zufrieden geben. Wenn Deutschland aber nicht genügend Sicherheiten anbiete, müßte das Gold der Reichsbank verlangt werden. Die Vorschläge müßten aber in diesem Falle von Deutschland ausgehen. Wenn die Sicherheiten abgelehnt, auch die Goldüberweisung nicht zugestanden werden sollte, so werde der Wiederherstellungsausschuß um Aufhebung seines letzten Beschlusses wüthet werden. Der belgische Vertreter ist aber der Ansicht, daß es nicht so weit kommen werde.

Der belgische Vertreter Delacroix erklärte einem Mitarbeiter der „Liberte“: Der Wiederherstellungsausschuß hat die Anträge erweitert und den engen Rahmen, in dem die Regierungen sich bisher ergebnislos bewegt haben, durchbrochen. Jetzt scheint die Wiederherstellungsausschuß in ihrer Gesamtheit in Angriff genommen zu werden, und Belgien bietet sich an, sie zu lösen, wenn man ihm dafür einige Vollmachten gewährt. Ueber die finanzielle Lage Deutschlands erklärt Delacroix, daß man nicht auf die deutschen Wiederherstellungsausschüsse rechnen dürfe, so lange der deutsche Kredit nicht wieder hergestellt sei. Es sei ein schwerer Fehler des Versailler Vertrags gewesen, die deutsche Wiedergutmachungsschuld nicht sofort festzusetzen. Darum habe bis Mai 1921 niemand gewagt, Deutschland einen Kredit zu eröffnen. Der Entschädigungsbetrag von 132 Milliarden Goldmark habe allgemein erschreckt. Man habe aber unrecht gehabt. Dieser Betrag sei gerecht. Wenn er früher bekannt gewesen wäre, hätte Deutschland diese Schuld durch eine Kapitalsteuer bezahlen können. Die Verluste, die die deutschen Ersparnisse durch den Marksturz erlitten hätten, seien bedeutend höher als das deutsche Vermögen durch eine Kapitalsteuer eingebracht hätte. Aus diesem Grunde verlange die Wiederherstellungskommission vor allem eine gründliche Gesundmachung der deutschen Finanzen. Ohne eine solche Reform könne nichts unternommen werden.

Die Auflösung des Jungdeutschen Ordens.

Berlin, 5. Sept. Auf Grund des § 14. Abs. 2 in Verbindung mit §§ 7 und 8 des Gesetzes zum Schutze der Republik hat der Minister des Innern den Jungdeutschen Orden mit allen seinen Unterorganisationen aufgelöst. Die Auflösung des Ordens wird damit begründet, bei der Betätigung des Ordens sei als nachgewiesen anzusehen, daß Bestrebungen verfolgt werden, die verfassungsmäßig festgesetzte Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben.

Eine Saar-Denkchrift.

Saarbrücken, 5. Sept. Die politischen Parteien des Saargebietes und 26 von den 30 Mitgliedern des Landesrates haben unter dem 24. Juli 1922 die Bitte an den Völkerbundsrat gerichtet, bei der bevorstehenden Erneuerung des Mandats des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission Dr. Hector nicht mehr mit diesem Amte zu betrauen. Sie haben gebeten, das saarländische Mitglied der Regierungskommission entweder aus allgemeinen Wahlen hervorgehen zu lassen, oder, wenn hierzu die Zeit nicht ausreichen sollte, es auf Vorschlag des Landesrates zu ernennen. In Ergänzung dieser Eingabe haben jetzt die politischen Parteien dem Völkerbundsrat durch eine Abordnung von drei Mitgliedern des Landesrates eine Denkchrift überreicht, in der es heißt:

„Unter den vielen Gründen, die Dr. Hector um das Vertrauen der Bevölkerung gebracht haben, ist einer, daß er in der Stadt Saarlouis eine ganze Reihe von Wandlungen begangen hat, die ihn dort unmöglich machen. So wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni 1919 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Hector eine von ihm vorbereitete

Denkschrift verlesen, gerichtet an die noch nicht bestehende Regierungskommission durch Vermittlung der Friedenskonferenz von Versailles. Diese Denkchrift ist in französischer Uebersetzung an die französische Regierung weitergereicht. Diese französische Denkchrift ist in jeder Hinsicht tendenziös abgefaßt. Die deutsche Denkchrift, wie sie von den Stadtverordneten gebilligt wurde, hatte den Zweck, unter den gegebenen neuen Verhältnissen, wie sie durch den Vertrag von Versailles nach seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar auch für das Saargebiet feststand, für die Stadt Saarlouis die Erfüllung einer Reihe von wirtschaftlichen Wünschen zu erbitten, wie Belegung des Sitzes der Regierungskommission und des Oberen Gerichtshofes nach Saarlouis, Aufrechterhaltung von Saarlouis als Garnisonsort, wenn überhaupt Militär im Saargebiet sein sollte, usw. Diese rein wirtschaftlich gehaltenen Schrift der Stadt Saarlouis macht die französische Uebersetzung durch Weglassungen und Hinzufügungen zu einer Erklärung, daß Saarlouis getreu seiner französischen Vergangenheit sei und daß es dem Adressaten, in diesem Falle also Frankreich, seine Treue und Loyalität versichert, daß es sich über die preussische Staatsbahnverwaltung beschwert, — kurzum, die Uebersetzung fälscht die deutsche Eingabe in eine Loyalitätserklärung für Frankreich. Auf diese Weise wurde ebensosehr die Bevölkerung des Saargebietes wie die französische Regierung getäuscht. Der ersten legte man ein harmloses Schriftstück vor, das allerhand Wünsche in wirtschaftlicher Hinsicht aussprach, während die französische Uebersetzung eine politische Ergebnissadresse war, die die Stadtverordneten niemals gebilligt haben würden. Der französischen Regierung übergab man eine Ergebnissadresse, die mit dem wirklichen Geiste der Bevölkerung nichts zu tun hatte.“

Es folgt dann eine Gegenüberstellung der beiden Denkchriften in Deutsch und Französisch, aus der die von Dr. Hector begangene Urkundenfälschung klar hervorgeht. („Würt. Ztg.“)

Ein neues Ausrüstungsabkommen.

Genf, 5. Sept. Der Völkerbundsrat bestätigte für ein neues Jahr das Mandat des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes, Dr. Hector, trotz der gewaltigen Protestkundgebungen, die im ganzen Saargebiet gegen Hector stattgefunden haben.

Das Stinnes-Abkommen.

Berlin, 5. Sept. In politischen Kreisen steht das Wiederaufbauabkommen, das zwischen Stinnes und der französischen Wiederaufbau-Gesellschaft abgeschlossen worden ist, im Vordergrund des Interesses. Es handelt sich um einen Lieferungsvertrag großen Stils, der sich auf die Lieferung von Baustoffen und Materialien verschiedenster Art erstreckt. Es soll sich um insgesamt 190 000 Hausbesitzer handeln, deren Entschädigungsforderungen einen Wert von 13 Milliarden Franken ausmachen. Der sozialdemokratische Parlamentsdienst verlangt die Einzelheiten des Vertrags zu wissen und richtet an die Reichsregierung die Anfragen: 1. ob bei diesem Abkommen ein Austausch je eines Aufsichtsratsmitgliedes des Stinnesunternehmens und des Generalverbands der Genossenschaften in Aussicht genommen sei, und 2. ob es zutreffen, daß Stinnes für die Vermittlung 6 Prozent beziehe?

Der Reichspräsident in Kiel.

Kiel, 5. Sept. Im Laufe des gestrigen Nachmittags besichtigte der Reichspräsident die Hafenanlagen und die Industrieanlagen der Stadt Kiel. Später wohnte er der Aufführung des „Hirtenspieles“ von Gerhart Hauptmann im Schauspielhaus bei. Auf dem Wege dorthin durchfuhr der Reichspräsident mit einem Wagen ein Spalier von Falckenträgern, das sich bis zum Rathaus erstreckte. Hier hatten sich wiederum Tausende eingefunden, um den Reichspräsidenten nochmals zu begrüßen. Dieser nahm Gelegenheit, einige Worte an die Menge zu richten und sagte: In Ihrer Umgebung zum Reich und zu seiner Politik liegt das Bekenntnis zu den Bestrebungen, die Demokratie und Republik zu festigen und zu sichern, ein Bekenntnis zu den Bestrebungen, unser unterdrücktes Vaterland wirtschaftlich und sozial wieder aufzurichten, aber auch ein Bekenntnis zur Abwehr der Vernichtungspolitik unversöhnlicher Reaktionärer, ein Bekenntnis zum Kampf um unser nationales und unser wirtschaftliches Dasein, um unser Recht als Volls und als Staat. In diesem Kampf um unsere Selbstbehauptung werden wir die Mitwirkung aller unserer Volksgenossen brauchen. Deshalb muß der Gedanke einer festgefühten Volksgemeinschaft uns mehr und mehr

in Reich und Blut übergehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir zu rufen: Die deutsche Republik, das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, sie leben hoch! — Mit einem härmlich aufgenommenen Hoch fand die Kundgebung ihren Abschluß. Im Laufe der Nacht begibt sich der Reichspräsident mit dem Reichswehrminister an Bord des Kreuzers „Braunschweig“ zur Teilnahme an den Marineübungen in der Nordsee.

#### Der Verkehrsbeirat nur für Verdoppelung der Postgebühren.

Berlin, 5. Sept. Der Verkehrsbeirat der Reichspost hat sich nicht dazu entschlossen, die Gebührenerhöhung auf der Basis von 10 Mark für den Fernbrief gutzuheißen. Man hält vielmehr im Augenblick eine Verdoppelung der gegenwärtig geltenden Postkarten-, Brief- und Drucksachentarife für das höchste, was im Interesse des Verkehrs zulässig sei.

#### Die österreichische Frage.

Paris, 5. Sept. Die gestern veröffentlichte Tagesordnung des Völkerbundes nennt u. a. als Verhandlungsgegenstand die Beschäftigung mit der Lage in Oesterreich. Diese Frage wird unter den verschiedenen politischen Fragen genannt, die der Versammlung zur Debatte vorliegen, ohne daß sie dabei an erste Stelle gerückt ist. Der österreichische Kanzler Dr. Selpel, der in Genf angekommen ist, hatte aber schon gestern eine Reihe von Besprechungen mit den Delegierten, und er wird, wie hier verlautet, einen positiven Plan unterbreiten, der am Mittwoch der Versammlung vorgelegt wird, und in dem er für die Befriedung der österreichischen Finanzlage einen sofortigen Kredit von 60 Millionen Tollar fordert, der von den einzelnen Staaten nicht direkt geleistet, aber garantiert werden soll.

In einer Unterredung mit dem Korrespondenten des „Petit Parisien“ hat der Kanzler die außerordentliche Dringlichkeit des österreichischen Problems dargelegt und von seinen Beratungen in Prag, Berlin und Verona gesprochen. Dr. Selpel betonte, daß die Entscheidung der Konferenz in London, Oesterreich neuerdings an den Völkerbund zu verweisen, einer Vertagung des österreichischen Problems gleichkomme, was nach den schlimmsten Enttäuschungen, die Oesterreich bereits in seinen Kreditbemühungen erfahren hatte, einen allgemeinen Pessimismus zur Folge hatte. Der Kanzler erinnerte daran, daß z. B. die Befreiung der österreichischen Aktiv, die vom früheren Kanzler Mayer in London schon einmal im März 1921 vom Obersten Rat verlangt worden sei, erst im August 1922 schließlich bewilligt worden sei. Unter diesen Umständen habe man in Oesterreich nur sehr wenig Hoffnung, daß der Völkerbund wirklich Mittel für eine Hilfsaktion für Oesterreich aufbringen könnte. Es müßte aber schon heute darauf hingewiesen werden, daß eine neue negative Entscheidung unvermeidlich das österreichische Problem, das gegenwärtig noch ein wirtschaftliches sei, in ein politisches verwandeln würde. Diese Eventualität sei vom Kanzler schon in seinen Besprechungen in Prag, Berlin und Verona in Aussicht genommen, und von den betreffenden Regierungen erörtert worden, daß zweifellos eine solche Möglichkeit mit sich bringen würde. Das Resultat dieser Konferenzen könne dahin zusammengefaßt werden, daß die betreffenden Staatsmänner der österreichischen Frage nunmehr eine politische Bedeutung beimessen. Der Ton, in dem man den Kanzler nochmals an den Völkerbund verwiesen habe, lasse immerhin darauf schließen, daß man sich nunmehr nicht mehr mit theoretischen Prüfungen des österreichischen Problems begnügen werde. Wenn aber neuerdings der Völkerbund die österreichische Frage vertagen sollte, indem er theoretische Untersuchungen verfolge und neue Maßnahmen treffen sollte, so sei Oesterreich entschlossen, neue politische Lösungen zu erwirken, die von Oesterreich bereits jetzt in Aussicht genommen worden seien.

#### Eröffnung der Völkerbundsversammlung.

Genf, 5. Sept. Die dritte Tagung der Völkerbundsversammlung ist von dem Brasilier da Gama als Vorsitzender des Völkerbundsrats eröffnet worden. Er trat in einer kurzen Ansprache der pessimistischen Auffassung entgegen, daß der Völkerbund nicht lebensfähig sei. Der Völkerbund sei nicht tot, sondern endgültig in das internationale Leben der Völker eingetreten. Die Wahl des Präsidenten, die beim vorigen Male Schwierigkeiten gemacht hatte, ging diesmal glatt vonstatten, da man sich vorher auf den Vertreter von Chile, Edward, chilenischer Gesandter in London, geeinigt hatte. Er wurde mit 42 von 44 abgegebenen Stimmen gewählt. Edward sagte in einer Rede, am Vorabend der panamerikanischen Konferenz von Santiago werde mit ihm Amerika Befriedigung in Anerkennung der wesentlichen Rolle empfinden, die es nach Ansicht des Völkerbundes in dem internationalen Streben nach Frieden und Gerechtigkeit zu spielen berufen sei.

Sechs große Ausschüsse werden gebildet, die sich folgendermaßen in die Arbeiten der Versammlung teilen: 1. Verfassungs- und Rechtsfragen, 2. technische Organisation, 3. Abrüstung, 4. Haushalts- und Finanzfragen, 5. allgemeine Fragen, 6. politische Angelegenheiten. Außerdem wurde ein Ausschuß aus fünf Mitgliedern mit der Prüfung der Tagesordnung und der Aufnahme eventueller neuer Verhandlungsgegenstände beauftragt. Im Verlaufe der weiteren Sitzung wurde die vorläufig aufgestellte Tagesordnung gebilligt. Ein litauischer Einspruch gegen die Billfahrlungen Polens in Wilna wurde dem Ausschuß überwiesen, der sich in kurzer Frist über die Aufnahme oder die Nichtaufnahme dieser Frage in die Tagesordnung äußern soll.

#### Völkerbundsrat und deutsche Kolonien.

Genf, 5. Sept. Der Völkerbundsrat genehmigte in seiner gestrigen Abend Sitzung einen Bericht der ständigen Mandatskommission für die Verwaltung der früheren deutschen Kolonien. Er sprach der Kommission seine lebhafteste Anerkennung aus und beschloß, den Mandatsmächten die von der Kommission abgefaßten Wünsche zu übermitteln.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 6. September 1922.

#### Übertragen wurde eine Volksschulstelle dem Unterlehrer Gottlob Walz in Rohrdorf O. N. Nagold.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt, wie in der Vormoche, vom 4. bis 10. September zum Preise von 5000 M. für ein 20 Mark-Stück, 2500 M. für ein 10 Mark-Stück. Der Ankauf von Reichsflbermünzen erfolgt wie bisher zum 120fachen Betrag des Nennwertes.

Personentarifserhöhung am 1. Dezember. Durch die außerordentliche Geldentwertung der jüngsten Zeit und die damit im Zusammenhang stehende erhebliche Steigerung der persönlichen und sächlichen Ausgaben ist die Reichsbahn genötigt, auf eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen durch weitere Tarifserhöhungen Bedacht zu nehmen. Die Erhöhung der Fahrpreise um etwa 50 v. H. reicht nicht aus, um den bevorstehenden Mehrbedarf zu decken. Aus vorwiegend dringlichen Gründen ist es nicht möglich, der Geldentwertung sofort durch entsprechende Steigerung der Einnahmen im Personenverkehr folgen zu können. Es ist vielmehr, wie bereits in der Sitzung des Reichs Eisenbahnrats am 30. August mitgeteilt wurde, eine weitere Erhöhung der vom 1. Oktober ab gültigen neuen Fahrpreise um 60 v. H. in Aussicht genommen, die zum 1. Dezember 1922 wirksam werden soll. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge, die Militärfahrpreise und die Preise für Zeitkarten aller Art. Die neuen, vom 1. Dezember 1922 ab gültigen Fahrpreise betragen in Eis- und Personenzüge: in

4. Klasse 72 Pfg., 3. Kl. 108 Pfg., 2. Kl. 180 Pfg., 1. Kl. 324 Pfg. Das ist das 36fache in 4. und 3. Kl., das 40fache in 2. Kl., das 46fache in 1. Kl. des Friedenspreises. Die Schnellzugzuschläge, die gegenwärtig betragen: 1. Zone in 1.—2. Kl. 15 M., in 3. Kl. 8 M., 2. Zone 30 M. bzw. 15 M., 3. Zone 45 bzw. 23 M. steigen auf 1. Zone in 1.—2. Kl. 50 M., in 3. Kl. 25 M., 2. Zone in 1.—2. Kl. 100 M., in 3. Kl. 50 M., 3. Zone in 1.—2. Kl. 150 M., in 3. Kl. 75 M., oder gegenüber den Friedenspreisen in der 1. und 2. Zone um das 100fache, in der 3. Zone um das 75fache. Als Preis für Hundefarten wird die Hälfte des Fahrpreises 3. Klasse beibehalten. Der Preis der Bahnfahrkarten wird von 1.50 auf 2.50 M. festgesetzt und die Gebühr für Erlaubnistarten zum Betreten der Bahnsteige zum Aufgaben oder Abholen von Zeitungsbahnpostbriefen von 30 auf 48 M. monatlich erhöht. Die Preisverhöhung wird im Wege der Ueberstempelung und des Neudrucks der Fahrkarten durchgeführt.

Der Gütertarif ab 1. Oktober. Die Deutschen Eisenbahn-Güter- und Tiertarife wurden zuletzt am 1. Februar 1922 durcharbeitet. Die damals aufgestellten Frachtsätze konnten infolge der steigenden Geldentwertung nicht lange aufrecht erhalten werden, sondern mußten jeden Monat, abgesehen vom August, erhöht werden. Die Reichsbahn hat daher unter Berücksichtigung des deutschen Wirtschaftslebens eine Neubearbeitung der Tarife vorbereitet und dem Reichseisenbahnrat vorgelegt. Grundlegende Änderungen des Tariffschemas und der Tarifbildung wurden hierbei nicht vorgenommen. Dagegen sind die horizontalen Staffeln, d. h. die Spannungsverhältnisse der Güterklassen untereinander, und die vertikalen Staffeln, d. h. die allmähliche Abenkung der Frachtsätze nach den weiteren Entfernungen, nicht mehr in bestimmten Frachtsätzen, sondern in Verhältniszahlen festgelegt worden. Ab 1. Oktober 1922 gelten folgende Verhältniszahlen für die horizontale Staffeln:

Städtegruppen:	Wagenladungsstaffeln:				
	I	II	A	B	C
Bei den Streckenfäßen:	180	170	100	73	55
Bei den Abfertigungsgebühren:	170	170	100	95	80

Die vertikale Staffelnung ist nunmehr für alle Klassen, Wagenladungen und Stückgut, gleichmäßig gebildet. Die für 100 Km. angenommene Verhältniszahl von 100 senkt sich um je weitere 100 Km., beziffert sich also bei 1000 Km. auf 55. Bei den Tiertarifen und Ausnahmeterminen sind wesentliche Verschiebungen nicht eingetreten. Endlich wird im Einverständnis mit dem Reichseisenbahnrat die Mindestentfernung für die Berechnung der Fracht von 10 Km. auf 5 Km. herabgesetzt. Die Verhandlungen im Reichseisenbahnrat haben gezeigt, daß sich die Eisenbahnverwaltung bei ihrem Neuaufbau des Tarifes fast durchweg in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Reichseisenbahnrats, also führenden Männern des deutschen Wirtschaftslebens, befindet. Der neue Normaltarif und die beibehaltene Staffelnung des Kohlenausnahmetermins können daher als „Indertarife“ auch in der nächsten Zeit bei etwa neuerdings notwendig werdenden Tarifserhöhungen unbedenklich als geeignete Grundlage genommen werden. Hierdurch wird auch eine Stetigkeit des Tarifes wenigstens hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den einzelnen Frachtsätzen wieder geschaffen werden.

Schülererückfahrkarten. Mit sofortiger Gültigkeit ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, die Entfernungsgrenze für Schülererückfahrkarten allgemein auf 150 Km. ausgedehnt worden.

Freudenstadt, 5. Sept. (Das Zeitungsterben.) Infolge der unerhört starken Steigerung der Papierpreise, sowie aller sonstigen Betriebsausgaben sieht sich die sozialdemokratische Tageszeitung „Das Schwarzwaldbuch“ genötigt, am 1. Oktober ihr Erscheinen einzustellen.

## Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Diebig.

(31)

(Nachdruck verboten.)

„Warum wir kommen?“ plauderte Lena Köhlin, weiter. „Ihr müßt Ende der Woche unbedingt an der großen Partie teilnehmen, es wird eine Konstrepartie, alles nur Passable kommt. Anselma und ich unterstützen das Vergnügungskomitee; wen wir besonders mögen, fordern wir persönlich auf, an alle übrigen sind schriftliche Einladungen schon ergangen.“

„Nehda, weicht du was?“ — Agnes lächelte die Freundin an — „deine Mutter wird gewiß deinen Papa nicht ganz allein lassen wollen, da kannst du dich uns“ — sie klopfte. Anselma winkte ihr während zu, Lena trat sie unterm Tisch auf den Fuß. „Aber was ist denn? Ich weiß gar nicht.“

Agnes sah dunkelrot und verlegen von einer zur andern. Die beiden in den Rosenblüten wechselten einen verständnisvollen Blick. Nehda starrte in ihren Schoß; es war klar, man wollte sie übergehen. In früherer Zeit hätte sie darüber gelacht, jetzt tat ihr es weh; sie war empfindlich geworden.

Anselmas Lippen kräuselten sich hochmütig. „Wir glauben, Fräulein Dallmer sei zu sehr andernweitig in Anspruch genommen, durch“ — eine vielsagende Pause — „nun eben durch die Pflege ihres Herrn Paps. Abirigens“ — die schöne Koch lächelte grausam — „wenn Sie teil zu nehmen wünschen, Fräulein Dallmer, sehr angenehm!“

„Bedauere!“ Nehda hob den Kopf, die alte kampflustige Stimmung kam über sie, ihre Augen blühten. „Ich danke sehr, ich rechne es mir nicht als Ehre, in einer Gesellschaft zu sein, zu der, wie Sie sagen, alles nur Passable aufgefördert ist. Ich bleibe lieber zu Haus. Ich weiß dann wenigstens, in welcher Gesellschaft ich bin!“ Da, da hatten sie's! Nehda fühlte sich ordentlich erleichtert, der Druck auf ihrer Brust war augenblicklich fort. Sie sah sich mit einem herausfordernden Blick um, ihre Rasenlägel lüfteten leicht.

„Ganz wie Sie wünschen, Fräulein Dallmer!“ Anselma von Koch neigte den schönen Kopf; sie war eine wohlgeschulte Dame, keine Muskel in ihrem Gesichte zu sehen. „Apropos, Agnes, was ist dir sagen wollte?“ — sie legte der jungen Frau die Hand auf den Arm — „hat dein Mann dir nicht erzählt? Der Leutnant von Kamer — der mit der Vergangendheit, du weißt doch! — ist nach Mainz versetzt worden als Hauptmann. Gestern ist's herausgekommen. Papa sagt, sehr angenehm für die Aufwandschläger, daß er wegfommt; man sieht doch nicht gern solchen Namen im Regiment. Abirigens, er hat selbst seine Veretzung nachgehakt; er soll hier irgend eine Liaison haben, der er wohl gern ein Ende machen möchte.“

„Log sie? War das wahr?! — Der letzte Ton der klingenden Stimme war verhallt. Nehdas Ohren füllte ein gewaltiges Rauschen, ihr Herz pochte rasend. Wie leerer Schall glitt alles an ihr vorbei, nur deutlich war das eine: er geht fort, fort nach Mainz! Sie hätte aufschreien mögen vor Schmerz. Aber dann: Hauptmann — Hauptmann! Ihre Blide verdunkelten sich. Und plötzlich etn blendendes Licht, eine paradiesische Seligkeit — Hauptmann, Hauptmann! Nun war es Zeit, nun konnte er sprechen!“

Ungestim sprang sie auf. „Ich muß jetzt gehn, adieu, Agnes!“

„Adieu, Nehda!“ Die junge Frau sagte nicht liebste Nehda, ihr Ruf war einigermaßen besangen, sie war zu befreudet. Was sollte dies alles?!

„Adieu!“ Nehda nickte Lena Köhlin zu, Anselma von Koch streckte sie die Hand hin. Aus einem plötzlichen Impuls hatte sie's getan; die war doch die erste, die ihr die Freudenbotschaft gebracht, was waren da all die kleinen Nadelstiche?!

Die andere nahm die Hand, ein leichtes Rot glitt dabei über ihr stolzes Gesicht; sie senkte den Blick.

„Nacht Rittersnacht.“

Mein lieber, mein guter, mein geliebter Ferdinand!

Ich bin glücklich. Du bist Hauptmann geworden — gestern schon — ich gratuliere Dir viel, vieltausendmal! Können wir das feiern? —

Minute. Deut bei Ostens erzählte es Anselma von Koch; ich glaube, ich habe mich sehr richtig benommen. Ich bin über die Schiffbrüche gestürzt, ich rannte an Deinem Haus vorbei — zwei, dreimal — ich dachte, meine Liebe müßte Dich ans Fenster ziehn, Du müßtest mich sehen, Du müßtest herunterkommen. Nun bist Du froh, nicht wahr? Mein Herz pocht rasend, ich möchte immersort weinen — aber vor lauter Jubel. Daß mir's die Leute nicht angesehen haben! Papa und Mama haben auch nichts gemerkt; es war alles wie gewöhnlich und doch nicht so. Jetzt, wo alles vorüber ist, kann ich Dir's ja gestehen, ich habe mich glücklich gequält all die Zeit, die Heimlichkeit hat mich fast zu Boden gedrückt. Ich wurde ganz schlecht, ganz mißtrauisch — o verzeihe mir, mein einziger geliebter Ferdinand! Ich glaube sogar manchmal, Du hättest mich nicht so lieb. Jetzt kommt mir das alles ganz lächerlich vor. Was ist man doch für ein armenelig Kleinmütiges Geschöpf, wie gut ist Gott — nur vierundzwanzig Stunden, und alles schon anders geworden! Schern abend weinte ich, und heut — o Ferdinand, es ist zu schön, nicht wahr? Freilich, denk ich dran, daß Du bald fort sein wirst, will mir der Atem stoden. Aber nein, davon will ich gar nicht reden! Ich bin doch kein sentimentaler Nachsch, der so wegen einer kurzen, räumlichen Trennung die Augen ausweint. Ich bin Dein — Du bist mein — wenn auch eine ganze Strecke Wegs zwischen uns liegt.

Bitte, triff mich morgen zwischen fünf und sechs im Dienhornstäden. Oder kommst Du her? Nein, noch nicht! Erst will ich Dich noch einmal ganz allein sehen, ich muß Dir so viel sagen. Morgen in aller Frühe sehe ich aus und schide Dir diesen Brief mit unserm Milamädchen. Leb wohl, gute Nacht! Fühlst Du's denn nicht, wie ich Dich liebe?! Immer

Deine glückselige Nehda.

Die kleine Küchenlampe flackerte und beleuchtete matt das Tischchen in der Stiebsstube, das Briefblatt mit den flüchtigen großen Buchstaben: „immer Deine glückselige Nehda“ — ja, immer! Nehdas Mund lächelte verklärt, sie faltete die Hände: O Gott im Himmel, wie konnte ich so verzagt sein? Was war ich schlecht, daß mir hier immer manchmal so ein häßliches Gefühl saß, so ein Druck — weh, ach mir, Gott, ich bitte dich! Du bist ja so gut!

Postsetzung folgt.

Stuttgart, 5. Sept. (Ein Kind abgestürzt) Am 2. September, nachmittags halb 1 Uhr, ist ein 10 Jahre alter Knabe vom Dachraum eines Hauses in der Traubenstraße in den vier Meter tiefer liegenden Dachraum des Nebengebäudes abgestürzt. Er erlitt eine leichtere Schädelknochenverletzung und kam nach der Olga-Krankenanstalt.

Waiblingen, 5. Sept. (Leichenträgerstreik) Bei einer Bestattung fehlten die bestellten Leichenträger. Einige auf dem Friedhof beschäftigten Arbeiter, darunter ein Mann mit künstlichem Fuß, sowie der begleitende Schutzmann, erfüllten den Dienst der streikenden Leichenträger.

Stuttgart, 5. Sept. (Keine Brandstiftung) In dem Brand in dem Fabrikintergebäude des früheren Hotels zur Krone wird mitgeteilt, daß die Ursache des Brandes ermittelt sei. Brandstiftung liegt nicht vor und der Beschäftigte ist wieder auf freien Fuß gesetzt.

Weinsberg, 5. Sept. (Messerheld.) Der Sohn des Oberamtmanns Eisele wurde in Anmerksweiler von dem Messer des dortigen Schultheißen Vogelmann durch mehrere Stiche in die Herzgegend schwer verletzt. Er wurde mit einem Auto in das Heilbronner Krankenhaus gebracht. Eisele wollte zur Gramensvorbereitung und Sommerfrische bei Schultheiß Vogelmann. Der Stecherei soll ein Streit vorausgegangen sein. Der Täter hat sich jetzt in Weinsberg beim Gericht gestellt.

Wetzlar, 5. Sept. (Tödlicher Unfall) Nach dem Krieg bis zum Schluss mitgemacht hatte, verunglückte anfänglich der Gedächtnistag seines früheren Truppenführers Georg Müller von Bordenberg, O.A. Weinsberg, tödlich. Das linke Bein wurde dem Bauwerk zerstört vom Zug abgefahren, was seinen Tod zur Folge hatte.

Hottentburg, 5. Sept. Das Regenwetter erfüllt weite Kreise mit banger Sorge. Da und dort ist der Hafer noch nicht geerntet, die Dechmernte hat eben erst begonnen, den Dornen gilt es zu bergen, die Felder sind zu stürzen; aber alle Arbeiten leiden stark unter dem unbehändigen, immer wieder Regen bringenden Wetter, und auch die Kartoffeln werden notleidend, wenn der Boden noch längere Zeit so naß bleibt wie jetzt.

### Die württ. Metzgermeister gegen die hohen Schlachtviehpreise.

Stuttgart, 5. Sept. Ein unter dem Vorsitz von Obermeister Häbermann-Stuttgart gehaltenes Obermeisteramt der württ. Metzgermeister, auf welcher 52 Innungen vertreten waren, nahm in nachdrücklicher Weise Stellung gegen die hohen Schlachtviehpreise. Der Geschäftsführer Wolf, der das Hauptreferat erstattete, wies darauf hin, daß die Schlachtviehpreise eine Höhe erreicht haben, welche es der Mehrzahl der Verbraucher fast unmöglich mache, noch Fleisch zu kaufen. Schuld sei vor allem die Aufhebung der Kontingentierung der Schlachtviehexporte aus Württemberg und die scharfe Konkurrenz zwischen den rheinischen, badiischen und einheimischen Händlern, durch welche die Preise in Württemberg immer mehr in die Höhe getrieben werden. Auch die Landwirtschaft trage Schuld an diesen Zuständen, denn die Viehhalter haben sich daran gewöhnt, ihren Forderungen die Notierung am Stuttgarter Markt und bei den Auktionshäusern zu Grunde zu legen. Hier sollten die Behörden einschreiten und zusammen mit den Organisationen „Angemessenheitspreise“ festsetzen. Die Zahl der Schlachtungen sei stark zurückgegangen, sodas zahlreiche Geschäfte geschlossen werden müßten. Dem Verkauf von Gerierfleisch sollte von den Metzger aber auch vom Publikum mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Gegen die von den Gewerkschaften geforderte Wiedereinführung der Zwangsverwaltung müsse entschieden Front gemacht werden. In der Aussprache, die sich an das Referat angeschlossen, wurde von verschiedenen Seiten verlangt, daß gegen die ungläublichen Zustände beim Viehhandel aufs schärfste vorgegangen werde; hier werde ein Wucher getrieben, der gar keine Grenzen mehr kenne; ohne Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung werde das Vieh aufgefauft und ausgeführt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde betont, daß das Metzgergewerbe selbst mit am meisten unter der eingetretenen Fleischverknappung leide; es ließe aber der fortgesetzten Steigerung der Viehpreise, die nicht immer berechtigt sei, machtlos gegenüber. Die Metzger erwarteten daher von der Regierung eine gründliche Befragung, ob und inwieweit die auf den Schlachtviehmärkten geforderten Preise berechtigt seien; ferner sei zu verlangen eine Nachprüfung der bereits ausgesetzten Viehhandelscheine unter Zuziehung von Vertretern des württ. Metzgergewerbes. Von der Landwirtschaft wird erwartet, daß sie mit dazu beiträgt, daß der endlosen Steigerung der Viehpreise Schranken gesetzt werden. Ein weiteres Mittel zur Verbilligung der Fleischpreise erblickt das württ. Metzgergewerbe in der Herabsetzung der Frachten für Vieh und Fleisch. Das württ. Metzgergewerbe wird nach wie vor von sich aus alles tun, die Fleischpreise so niedrig als möglich zu gestalten und auch sobald wie möglich den Gefrierfleischverkauf wieder aufzunehmen.

### 26. Deutscher Ortskrankenkassentag.

Karlsruhe, 5. Sept. In Beginn der Hauptverhandlungen der Tagung des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen in der Festhalle erstattete der Geschäftsführer, Herr Lehmann-Dresden ausführlichen Bericht. Der Verband umfaßt heute 1500 Kassen mit rund 10 Millionen Mitgliedern. Er hat sich nicht darauf beschränkt, reine Interessenvertretung zu sein, sondern war auch um die wirtschaftlichen Interessen der Kassen bemüht durch Bildung wirtschaftlicher Abteilungen, deren jüngste die Selbstabgabe von Arzneimitteln und Verbandstoffen betreibt; es ist die Beilimitätsvertriebsgesellschaft, die

seit dem letzten Verbandstage eine außerordentliche Entwicklung genommen hat. Im Jahre 1921 betrug der Gesamtumsatz 8 Millionen, im ersten Halbjahr 1922 schon 18 Millionen Mark. Der Referent gab ein anschauliches Bild der Verbandstätigkeit. Er schilderte die Maßnahmen zur haushalterischen Verwendung der Kassengelder und unterstrich die Bestrebungen, die auf eine einheitliche Gebührenerordnung für Ärzte entsprechend dem brennlichsten Vorbilde abzielen.

Entschiedene Ablehnung erfährt der Plan, besondere Beamtenkrankenkassen zu errichten und damit die deutsche Sozialversicherung noch mehr zu zersplittern in einem Augenblick, da sie sich kaum noch am Leben erhalten kann.

Der Bericht erwartet, daß die Novelle zur Reichsversicherungsordnung nun endlich im Herbst zur Beratschlagung kommt.

Einen breiten Raum im Geschäftsbericht nahm die Frage des Grundlohnes ein. Hier wird von der Gesetzgebung verlangt, daß es den Krankentassen überlassen bleibt, die Höchsthöhe des Grundlohnes in Anpassung an die veränderten Verhältnisse selbst zu bestimmen.

Im Reichsarbeitsministerium müsse man auf die Wirtschaftslage mehr Rücksicht nehmen und den Krankentassen helfen, um ihnen die Existenz zu retten. Sehr viele stehen vor der Gefahr der Zahlungs Einstellung. Das ist nur die Folge einer unzulänglichen Gesetzgebung. Es muß schnell geholfen werden.

Der Höchsttag von 180 Mark genügt nicht, nicht einmal ein solcher von 300 Mark. Geboten ist ferner die Erhöhung der Versicherungsgrenze für die Angestellten.

In der Aussprache wandte sich Kollege Haug-Büffelberg gegen das Apothekervermonopol; er forderte weiter die Verschärfung der Pflicht auch für die Handwerker und den kleinen Mittelstand überhaupt.

Präsident Fräßdorf dankte darauf unter Zustimmung der Versammlung Herrn Lehmann für seine Geschäftsführung. Nachdem er noch einen alten Rappen der Krankentassenbewegung, Herrn Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal (jetzt in Heidelberg) begrüßt hatte, hielt Prof. Dr. med. et phil. H. Witz aus Erlangen einen hochinteressanten und lehrreichen Vortrag über Röntgentherapie und Krankentassen.

### Bermischtes.

Ein feiner Schwiegersohn. Die Berliner Kriminalpolizei sucht seit einem Vierteljahr einen Schwindler, der seine Braut und ihre Mutter um eine halbe Million Mark bares Geld, um ihre gesamte Wohnungseinrichtung, ihre Schmuckstücke und Papiere im Werte von mehr als 2 1/2 Millionen Mark bestohlen hatte. Es gelang jetzt, ihn in Schöneberg in der Wohnung einer seiner Freundinnen zu überraschen und als den 28 Jahre alten Bautechniker Friedrich Stengelein zu ermitteln. Stengelein hatte sich in einer Stadt der Rheinpfalz mit einem 23jährigen schönen Mädchen verlobt, dem er einredete, daß er eine besonders große Karriere vor sich hätte. Seine zukünftige Schwiegermutter war von dem Bautechniker ebenfalls so entzückt, daß sie ihm leichten Herzens eine halbe Million Mark in barem Gelde zum Ankauf eines Baugeschäftes überließ. Stengelein fuhr nach Berlin und verjubelte das Geld mit seiner in Schöneberg wohnenden Geliebten. Als seine zukünftige Schwiegermutter hörte, daß er in Berlin in kostspieligen Weinrestaurants nichts beobachtet worden war, fuhr sie mit ihrer Tochter ihm nach. Stengelein, dem die Abreise seiner Braut bekannt wurde, reiste schnell nach dem Wohnort, verkaufte auf Grund einer gefälschten Vollmacht die gesamte Zimmereinrichtung seiner Braut und bezog sich wieder nach Berlin. Er sieht außerdem unter dem Verdacht, Heiratsschwindeln schon seit langer Zeit auch bei anderen Opfern getrieben zu haben.

### Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 5. September: 1423.21 Mark.

Stuttgarter Börse, 5. Sept. An der Börse herrschte infolge der wieder sehr unklar gewordenen politischen Verhältnisse große Zurückhaltung, so daß die Kurse meist weiter nachgeben mußten. Nur wenige Papiere konnten ihren gestrigen Kurs und nur Ausnahmen konnten sich etwas verbessern. — Im Fremdenverkehr war das Geschäft sehr lebhaft, da die Käufer fehlten. Auch hier waren Kursabschlüsse die Regel. Von Bankaktien waren Vereinsbank 9 Punkte niedriger. Spinnereien schwächer. Erlangen — 90, Kamagarn Vietriheim — 50, Kolb und Schäle — 10, Kottorn + 10. Brauereien lustlos: Kettenmeyer — 10, Württ. Hohenzollern + 10, junge 550, Wulle — 19. Der Maschinen- und Metallmarkt war meist schwächer. Daimler — 22, Feinmechanik — 50, Hohner — 33, Jungmann — 9, junge wurden mit 515 aus dem Markt genommen. Hesser Maschinen — 20, Maschinenfabrik Weingarten — 60, Redarfulmer — 30, junge gingen mit 790—805 bei höherem Interesse um. Höher waren die übrigen Werten konnten sich Bad. Anilin und Deutsche Berlag halten. Zement Heidelberg gewannen 20 Punkte. Bremen-Besigheimer Del verloren 130. Köln-Rottweiler 25, Otto Krumm 20, Salzwerk Heilbronn 29, Stuttgarter Bäckermühle 20 Punkte, junge Bäckermühle 880, 885. Auch Stuttgarter Zucker büßten 34 ein.

Stuttgart, 5. Sept. Dem heutigen Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 41 Ochsen, 22 Bullen, 250 Jungbullen, 288 Jungkühe, 262 Kühe, 354 Kälber, 468 Schweine, 16 Schafe und 7 Ziegen. Davon blieben unverkauft: 30 Schweine. Verkauf des Marktes: bei Großvieh beliebt, bei Kälbern und Schweinen mäßig. Leb. Erlös wurde aus 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 6700—7000, zweite 6600—6300, Ochsen erste Qualität 6200—6500, zweite 6400—5800, Jungbullen erste 6800—7100, zweite 6850—6550, dritte 6000—5600, Kühe erste 4900—5400, zweite 4000 bis 4500, dritte 3800—3500, Kälber erste 8300—8600, zweite 7650—8000, dritte 7000—7500, Schweine erste 13 000—13 400, zweite 12 000—12 750, dritte 11 200 bis 11 800 M.

Mannheimer Produktbörse, 4. Sept. Die Börse verkehrte in sehr fester Haltung. Das Geschäft ist etwas umfangreicher geworden, aber das Hauptinteresse der Käufer wendete sich mehr dem Angebot alter Ware als der neuen zu, da letztere nicht befriedigte. Alter ausländischer Weizen wurde mit 6000—6200 M. gekauft, für alten Roggen wurde 5000 M. ab Pfälzer Station verlangt, für neuen Roggen 4600 ab sächsischer Station. In Gerste waren die Umsätze gleichfalls nicht sehr groß. Für alte Ware wurden 7000 M. ab Mannheim gefordert, für neue 6500 ab unterfränkischer Station. Haber aus alter Ernte kostete 6500, aus neuer 6000 M. In Wehl sind die Preise wieder etwas zurückgegangen und kostete Weizenmehl Spez. 0 9400 M. aus erster Hand, 8800—9000 aus zweiter Hand. Die Mühlen verlangen infolge der Geldmittelknappheit durch Zirkular an ihre Kundschaft Vorauszahlung, und diese Maßnahme drückt naturgemäß auf das Geschäft. Futtermittel waren nur gering angeboten. Kleie kostete 3500—3600 M. ab Mähle und Reppfuchen 4000 M. ab Fabrikstation.

Mannheim, 4. Sept. Dem Schlachtviehmarkt am Montag waren zugeführt: 202 Ochsen, 316 Bullen, 938 Kühe und Rinder, 314 Kälber, 129 Schafe und 689 Schweine. Bezahlt wurden für die 50 kg Lebendgewicht: Für Ochsen 4600—6800, Bullen 4800 bis 6500, Kühe und Rinder 3500—6800, Kälber 7400 bis 9000, Schafe 3800—5200, Schweine 11 500 bis 14 000 M. Haltung: mit Großvieh mittelmäßig, kleiner Ueberstand: mit Kälbern und Schafen lebhaft, ausverkauft; mit Schweinen langsam, Ueberstand.

### Spiele und Sport.

I. Mannschaft des F. C. Altensteig: II. des Sportvereins Nagold. 0:0 Ecken 2:5

Bei ziemlich launischem Wetter trafen sich die beiden Mannschaften auf dem Giesberg. Altensteig erscheint mit kompletter Ausstattung und soll einen energischen Gegner haben. Unsere Einheimischen haben Anstoß und verlieren gleich den Ball, so daß Nagold vorkommt bis zur Bereinigung von Altensteig, die die Lage klärt. Verschiedene Mal kann Nagold das Tor Altensteigs bedrängen, doch die besagten Spieler wälen mißglücken Nagold. Halbzeit — Altensteig spielt abwärts und ist Nagold in der Führung des Spieles ab. Auf das Nagolder Tor kommen ebenfalls scharfe Schüsse, die jedoch der Torwart retten konnte. Kurz vor Schluß kommt Nagold nochmals vor bis an das Tor der Altensteiger und ein abseits stehender Spieler der Nagolder kann ein Tor einleiten. Das Tor wurde reklamiert und von den Nagoldern Spieler als Abschießer anerkannt. Das somit unentschiedene Spiel nahm einen schönen Verlauf. In Schwaben ist nur die wiederholte „Rücksichtslos“ des Schiedsrichters.

### Letzte Nachrichten.

Der Reichsernährungsminister über die Getreidemlage.

W.B. Berlin, 5. Sept. Nach einer Meldung des „Lamburger Echo“ hat der Reichsernährungsminister auf der Konferenz der Ernährungsminister der Länder die Erklärung abgegeben, daß an der Getreidemlage von 2 1/2 Millionen Tonnen unbedingt festgehalten werden würde. Fraglich bleibe allerdings die Preisgestaltung. Die Konferenz ist entschlossen, die Starbierbrauerei einzuschränken. Man hoffe, dadurch etwa 260 000 Tonnen Getreide für die Ernährung freizubekommen.

Eine Entschließung der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister.

W.B. Hamburg, 5. Sept. Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, die hier Montag und Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsministers fehr tagte, hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: Da in Deutschland nach dem Verlust wertvoller landwirtschaftlicher Gebiete noch weniger als früher genügend Nahrungsmittel erzeugt werden können und Deutschland namentlich auf dem Gebiete der Versorgung mit Brotgetreide, Futtermitteln und Fetten in hohem Maße auf Einfuhr angewiesen ist, kann eine wirkliche Besserung hinsichtlich des Standes der Ernährung und hinsichtlich der Preise bei dem heutigen Stand der Produktion nicht ohne Aenderung der allgemeinen Wirtschaftslage Deutschlands eintreten. Voraussetzung hierzu ist in erster Linie die Befreiung Deutschlands von dem Druck übermäßiger Bar- und Sachlieferungen an die Entente. Die Ministerkonferenz ist einmütig der Ueberzeugung, daß alle Maßnahmen getroffen werden müssen, die auf eine sparsame und zweckmäßige Verwendung der vorhandenen Nahrungsmittel im Inlande Einfluß haben können, und daß auch auf eine erträgliche Preisgestaltung hingewirkt werden muß. Sie spricht sich daher für ein Verbot der Herstellung von Starbieren und im übrigen für eine Einschränkung der Bierherstellung aus. Sie hält es weiter für notwendig, daß die Verwendung von Inlandszucker für Süßwaren, bei der Herstellung von Branntwein, zu Schokoladen und Süßigkeiten alsbald verboten wird. Sie hält es weiter für notwendig, in dem demnächst beginnenden neuen Zuckerwirtschaftsjahr Maßnahmen dahin zu treffen, daß der inländische Zucker in erster Linie der Produktion zum Mundgebrauch zugeführt wird. Auf dem Gebiete der Brotversorgung muß die Umlage in ihrer gesetzlich festgelegten Höhe durchgeführt werden. Die Konferenz verschließt sich dabei nicht der Tatsache, daß bei der Festsetzung der Preise für das Umlage-Getreide der Geldwert und den heutigen Produktionskosten Rechnung getragen werden muß. Von den Strafandrohungen muß unmissverständlich Gebrauch gemacht werden gegen die, die andere auffordern, sich der Umlagerung der Umlage zu widersetzen. Die Konferenz empfiehlt weiter eine Prüfung, ob durch eine allgemeine Herabsetzung des Ausmaßes der Umlage für freies Getreide Einsparnisse gemacht werden können. Die Ausgestaltung der Rindersteuern, der öffentlichen Spielungen und der Abgabe von Lebensmitteln an besondere Bedürftige zu ermäßigten Preisen wird geprüft werden müssen.

Die Räumung Sibiriens durch Japan hat begonnen.

W.B. Paris, 5. Sept. Nach einer Havas-Meldung aus Tokio hat gestern die militärische Räumung Sibiriens durch Japan begonnen.



**Das Aktionsprogramm der Vereinigten sozialistischen Partei Deutschlands.**  
 W.D. Berlin, 5. Sept. „Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen das von den Parteivorständen der beiden sozialistischen Parteien gemeinsam ausgearbeitete Aktionsprogramm der „Vereinigten sozialistischen Partei Deutschlands“. In dem Programm werden folgende Kampfziele der Partei aufgestellt: 1) Schutz der Republik. In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet, fordert die „Vereinigte sozialistische Partei Deutschlands“ den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie. Festigung der Reichseinheit und der Republik zum organisch gegliederten Einheitsstaat. 2) Kampf gegen die Klassenjustiz. Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundsätzen. 3) Finanz- und Wirtschaftspolitik. Grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Lastenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut werden soll, unmittelbare Verteilung des Reichs an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen, schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Valutagewinne usw., Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unter Mitwirkung der Genossenschaften, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, Sozialisierung der Schlackeindustrien, besonders des Bergbaues. 4) Sozialpolitik. Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der Sozialgesetzgebung, Abwehr aller Angriffe auf den Achtstundentag, Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts, Erlass der technischen Notfälle durch Einrichtungen, welche die Notstandskardellen in lebenswichtigen

Betrieben der Selbstdisziplin der Arbeiter unter Mitwirkung der Gewerkschaften sichern, Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteystems zu einer Vertretung der Sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. 5) Volksgesundheit und Volkserziehung. Bergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Einheitschule mit weltlichem Charakter, Erklärung der Religion zur Privatsache. 6) Internationale Politik. Die Vereinigte sozialistische Partei Deutschlands fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaus unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Sie anerkennt in dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Belgiens und Nordfrankreichs eine moralische Pflicht Deutschlands. Sie gibt aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Staats- und Volkswirtschaft, sowie der furchtbare Währungszerfall ausreichende Erleichterungen der Reparationslasten zu einer dringenden wirtschaftlichen Notwendigkeit machen. Der Kampf gegen die imperialistische Politik, für die Abänderung der Friedensverträge, für die Ueberwindung der Nacht- und Schweltpolitik durch eine internationale Rechtsorganisation erfordert den Zusammenschluß des Weltproletariats zu einer einheitlich gefestigten Kampfgenossenschaft.

**Die Regierung und die Teuerung.**  
 W.D. Berlin, 5. Sept. Gestern fanden neue Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften über die Regierungsmassnahmen gegen die Teuerung statt. Reichskanzler Dr. Brüning gab eine Uebersicht über die politische Lage und erklärte, er werde keinesfalls seine Hand dazu blicken, aus dem mageren Goldschatz der Reichsbank namhafte Beträge herzugeben. Er habe nicht unbegründete Hoffnung, daß Amerika in die Neuregelung des Reparationsproblems aktiver als bisher ein-

treten werde. Ein Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes forderte von der Regierung schnelleres und intensiveres Arbeiten bei der Wucherbekämpfung. Einen weiten Raum in der Besprechung nahm die Erörterung über die vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund gewünschte Wiedereinführung der Zwangswirtschaft ein. Der Reichskanzler erklärte, die Frage der Wiedereinführung der Zwangswirtschaft müsse von Fall zu Fall erwogen werden.

**Unmögliches.**  
 W.D. Berlin, 5. Sept. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann hat, laut „Zeit“ an den Reichspostminister eine Eingabe gerichtet, worin er im Interesse des Zeitungsgewerbes die Forderung aufstellt, daß die Reichspostverwaltung mit sofortiger Wirkung die Bestimmung aufheben möge, wonach der Postbezug der Zeitungen auf ein Vierteljahr im Voraus und zwar 34 Tage vor Beginn des Vierteljahrs festgesetzt werden muß. Es sei für die Zeitungverleger unmöglich, die Preise für den Bezug der Zeitungen im Voraus für einen Zeitraum von 4 Monaten festzulegen.

**Das Stinnesabkommen.**  
 W.D. Berlin, 5. Sept. Die Blätter messen den zwischen Hugo Stinnes und dem Marquis de Lubersac abgeschlossenen Wiederaufbauvertrag größte wirtschaftliche und politische Bedeutung bei.

**Natürliches Wetter.**  
 Der nach Norden abgezogene Hochdruck läßt bei nordöstlichen Luftströmungen für Donnerstag und Freitag auch weiterhin etwas trübes, mäßig kühles, später etwas aufheitendes Wetter ohne wesentliche Niederschläge erwarten.

Der 11. Sept. ist der 11. März im Kalender der Reichsbank. Die Reichsbank hat die Reichsrechnung für den 11. Sept. 1922 veröffentlicht.

**Bekanntmachung.**  
**Die Gebühren für Mosten**  
 (F.-Druck) werden für Herbst 1922 auf  
**Mk. 15 — per Zentner**  
 festgesetzt. — Für Ständen, die länger als 3 Tage stehen, wird ein Zuschlag von 10% pro Tag u. Zentner erhoben.  
 Altensteig, 4. Sept. 1922.

**Die Bäckerinnung Nagold-Altensteig**  
 setzt mit sofortiger Wirkung folgende  
**Brotpreise**  
 fest:

ein Paar Weizen	8 Mk.
ein Milchbrot	4 Mk.
eine Brezel	5 Mk.
ein Laible Weißbrot	32 Mk.

**Wohn- oder Geschäftshaus,**  
 Landhaus oder sonstiges Objekt gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht. Zuzug erwünscht, doch nicht Bedingung. — Angebote unter C. K. 331 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.  
 frisch eingetroffen:

**Ia rein weiß Kokos-Butter**  
 Palmiu u. Wiyona in 1 Pfd.-Tafeln

**feinste Schmelz-Margarine**  
 (Erfolg für Butter)

**Ia Schlusks Margarine**  
 in 1 Pfd. Wäffel (8 Qualitäten)

noch zu sehr günstigen Preisen

bei  
**Chr. Burghard jr.**

**Papierholz**  
 jedes Quantum sucht zu kaufen und sieht Angeboten entgegen

**Friedrich Wurster**  
**Fünfbromm**  
 Telefon Nr. 2.

**Übungshunde**  
 der Schüler-Verteilung des Turnvereins  
**Samstag**  
 Abend 7-8 Uhr.

**Koche auf Vorrat**  
 mit den vorzüglichsten Sterilisationsapparaten Konserviermaschinen Gummi- und Holzgeräten  
**Firma WECK**  
 Öflingen

Man wolle beim Kauf auf die WECK-Markte der Firma WECK vielfach aufmerksam sein zur Vermeidung von Nachahmungen.

Die Verkaufsstellen sind beschriftet mit dem WECK-Phänomen.

Vorrätig bei  
**Fritz Bühler jr.**  
 C. W. Lutz Nachf.  
**Karl Henssler sen.**  
 Eisenwarenhandlung  
 Altensteig.

**Zimmer-Mädchen**  
 und ein  
**Mädchen**  
 für Küche und Hand finden zum 1. Oktober gut bezahlte Dauerstellung. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten:  
 Erholungsheim Ludwigsburg  
 Bad Liebenzell.

Suche zum baldigen Eintritt jüngeres, zweites  
**Mädchen**  
 Gute Verpflegung und Behandlung bei hohem Lohn.  
 Frau Christoph Beck,  
 Pforsheim, Westliche Raal-Friedrichstr. 182.

**Altensteig-Stadt.**  
 Die Geburt eines  
**Mädchens**  
 zeigen in dankbarer Freude an  
 Stadtpfleger  
 Pfizenmaler u. Frau  
 Stini geb. Marquardt.

**Winterhüte**  
 werden wie neu faconiert u. sollen baldmöglichst abgegeben werden bei  
**Frau Christiane Schmidt**  
 Altensteig

**Möbelgroßhandlung**  
 sucht 3 Francs Messe (Okt. 22) leistungsf. Lieferanten f. eichen Schlafzimmer u. Speisez. Off. an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Altensteig.  
 Schöne neue  
**Pfäzer Speisezwiebel**  
 Pfund Mk. 15.—  
 bei  
**Fritz Bühler jr.**

**EIN GEWALTIGES PLUS**

Ihres Umsatzes erzielen Sie durch die Reklame in unserer Schwarzw. Tageszeitung Aus den Tannen!

**Gestorbene.**  
 Nagold: Johann Bauer, Gipsereimeister.

**Altensteig-Dorf.**  
 Es wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß  
**das Sandholen**  
 im Gemeinwald Gausalb für Auswärtige  
**bei Strafe verboten ist.**  
 Den 6. Sept. 1922.  
 Gemeinderat.

**Rokosfett**  
 ist eingetroffen und empfiehlt noch zu günstigem Preis  
**Schwarzwald-Drogerie Altensteig**  
 und Filiale Simmersfeld

**Sparfamkeit**  
 ist heute für jedermann geboten; aber falsch angedacht Sparfamkeit ist es, wenn man dabei bei der Zeitung beginnt. Die Zeitung bietet so ungemein Vieles, daß sie für jeden etwas bringt, woraus er Nutzen ziehen kann, der Arbeiter, der Landwirt, der Gewerbe- und Handeltreibende, der Beamte. Und die heutige Lage macht es in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zur absoluten Notwendigkeit, nicht auf einen Gegenstand zu verzichten, der dem Leser Tag für Tag ein treuer Berater, ein gewohnter Hausfreund geworden ist.

**Möbelschreinereien**  
 finden eine vorteilhafte Bezugsquelle für  
 Ia Mattierungen, Polituren,  
 Ia Wachskerzen, Leim,  
 Ia Pinsel, Putzwolle (weiß zum Mattieren)  
 Ia Schleiföl, Maschinen- und Motorenöl  
 usw. usw. alles zu Fabrikpreisen bei  
**K. Ungerer, Nagold, Tel. Nr. 4.**

**Wir empfehlen äußerst billig:**  
 Ia Speisefett, holl. Kristall-Zucker,  
 Ia Kunsthonig (käuflich), Kaffee, Tee,  
 Kakao, Cichorie, Süßstoff,  
 Kunstmoft in div. Qual.  
 Waschseife, Schmierseife, Seifenpulver, Wasserglas.  
**Löwendrogerie Nagold u. Ebhausen.**

